



Detailansicht des Registereintrags

Deutscher Schwerhörigenbund e.V. (DSB)

Aktuell seit 08.07.2026 11:26:03

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R004416
Ersteintrag:	03.05.2022
Letzte Änderung:	08.07.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	08.07.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Sophie-Charlotten-Str. 23A 14059 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493047541114 E-Mail-Adressen: dsb@schwerhoerigen-netz.de Webseiten: www.schwerhoerigen-netz.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Sonstiges, Wirtschaftliche Tätigkeit, Öffentliche Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

20.001 bis 30.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,20

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Doktor Matthias Müller**
Funktion: Präsident
2. **Antje Baukhage**
Funktion: Vizepräsidentin
3. **Gudrun Brendel**
Funktion: Vizepräsidentin

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (6):

1. **Kriemhild Egermann-Schuler**
2. **Torsten Seifert**
3. **Dr. Norbert Böttges**
4. **Doktor Matthias Müller**
5. **Antje Baukhage**
6. **Gudrun Brendel**

Gesamtzahl der Mitglieder:

2.639 Mitglieder am 01.01.2026, davon:

2.625 natürliche Personen

14 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (9):

1. PARITÄT- Gesamtverband
2. Bundesarbeitsgemeinschaft-Selbsthilfe
3. Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen
4. Deutsche Gesellschaft der Hörbehinderten- Selbsthilfe und Fachverbände e.V.
5. Deutscher Behindertenrat
6. European Federation of Hard of Hearing People
7. Liga Selbstvertretung
8. Deutscher Hörverband e.V. (DHV)
9. The International Federation of Hard of Hearing People

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (12):

Rechte von Menschen mit Behinderung; Seniorenpolitik; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen"; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Sonstiges im Bereich "Medien, Kommunikation und Informationstechnik"; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration"; Öffentliches Recht; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung";

Sonstiges im Bereich "Sport, Freizeit und Tourismus"; Verbraucherschutz; Wissenschaft, Forschung und Technologie; Selbsthilfearbeit

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Verband nimmt mittels direkter Anschreiben, Positionspapiere, Forderungskataloge, Stellungnahmen sowie durch die Durchführung sozialpolitischer Austausch- und Informationsveranstaltungen Kontakt zu politischen Entscheidungsträgern auf, insbesondere zu Mitgliedern des Deutschen Bundestages. Ziel dieses Engagements ist es, die Belange von Menschen mit Hörbeeinträchtigungen in den politischen Diskurs einzubringen und das gesellschaftliche Bewusstsein für ihre Situation zu schärfen. Die Grundlage dieser Tätigkeit bildet der direkte Dialog, welcher sowohl durch die Vernetzung der Mitglieder mit politischen Vertretern als auch durch den kontinuierlichen Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit mit relevanten Akteuren aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik gestärkt wird.

Konkrete Regelungsvorhaben (3)

1. **Gesetz zur Änderung der allgemeine Beeidigung von Gerichtsdolmetschern**

Beschreibung:

Die allgemeine Beeidigung von Gerichtsdolmetschern unter Einbeziehung von Schrift- und Gebärdensprachdolmetschern können somit hörbehinderten und gehörlosen Menschen einen gleichberechtigten Zugang zu Gerichtsverfahren ermöglichen, als auch einen entscheidenden Beitrag zur Umsetzung der UN-BRK im Sinne des Artikels 4 Absatz 3 leisten, um Menschen mit Behinderungen in allen Prozessen zu beteiligen und dessen Bedürfnisse umzusetzen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1852 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Vorschriften über die Einführung der elektronischen Akte in der Justiz und über die allgemeine Beeidigung von Gerichtsdolmetschern sowie zur Änderung des Stiftungsregisterrechts

Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

GDolmG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliches Recht [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2511060026 (PDF - 3 Seiten)**

Adressatenkreis:

Versendet am 31.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

2. **Stellungnahme zum Referentenentwurf einer Verordnung zur Verwendung von Kommunikationshilfen für hörbehinderte Personen in Gerichtsverfahren (GKHV)**

Beschreibung:

Gegenstand der Einflussnahme ist der Entwurf der Verordnung zur Verwendung von Kommunikationshilfen für hörbehinderte Personen in Gerichtsverfahren (GKHV). Ziel ist die rechtliche Ausgestaltung einer barrierefreien Kommunikation im Gerichtsverfahren, insbesondere die Konkretisierung des Anspruchs auf geeignete Kommunikationshilfen und dem damit einhergehenden Wahlrecht der entsprechenden Kommunikationshilfe der betroffenen Personen.

Referentenentwurf:

Verordnung zur Verwendung von Kommunikationshilfen für hör- oder sprachbehinderte Personen in Gerichtsverfahren (Gerichtskommunikationshilfenverordnung - GKHV) (Vorgang)
) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 16.02.2026

Federführendes Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BTHG [alle RV hierzu]; GVG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliches Recht [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]; Seniorenpolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Medien, Kommunikation und Informationstechnik" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2604100009** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.03.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

2. **SG2604100010** (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.03.2026 an:

Bundesregierung

3. **Stellungnahme zum Referentenentwurf der Änderung der Verordnung zum
Barrierefreiheitsstärkungsgesetz vom 30.4.2026**

Beschreibung:

Stellungnahme zum Referentenentwurf der Änderung der Verordnung zum Barrierefreiheitsstärkungsgesetz vom 30.4.2026.

Ziel ist, dass die geplante Verpflichtung mit synchroner Übertragung von gesprochenem Wort, Text und Video die technischen Voraussetzungen für barrierefreie Kommunikationsdienste geschaffen werden, um zu einer tatsächlichen Umsetzung barrierefreier Kommunikationsdienste für Menschen mit Hörbehinderung, auch per Gebärdensprache beitragen zu können.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Änderung der Verordnung zum Barrierefreiheitsstärkungsgesetz

Datum des Referentenentwurfs: 30.04.2026

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BFSGV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliches Recht [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Medien, Kommunikation und Informationstechnik" [alle RV hierzu]; Selbsthilfearbeit

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2605220017** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.05.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (1):

1. BMAS

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 110.001 bis 120.000 Euro

Förderung der Partizipation von Menschen mit Behinderungen und ihrer Verbände an der Gestaltung öffentlicher Angelegenheiten (FPV)

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

1 bis 10.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

50.001 bis 60.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

10079_DSB_JA_2025_Draft_V1_Lobbyregister-2026.pdf